

Berlin aktuell

Die Woche im Bundestag

17. Wahlperiode

Abgeordneten-Büro Berlin:

Platz der Republik 1 • 11011 Berlin

Tel.: 030/227/72542 • Fax: 030/227/70132

E-Mail: thomas.strobl@bundestag.de

Internet: www.thomas-strobl.de

Abgeordneten-Büro Heilbronn:

Badstraße 14 • 74072 Heilbronn

Tel.: 07131/9824215 • Fax: 07131/9824216

E-Mail: thomas.strobl@wk.bundestag.de

Internet: www.thomas-strobl.de

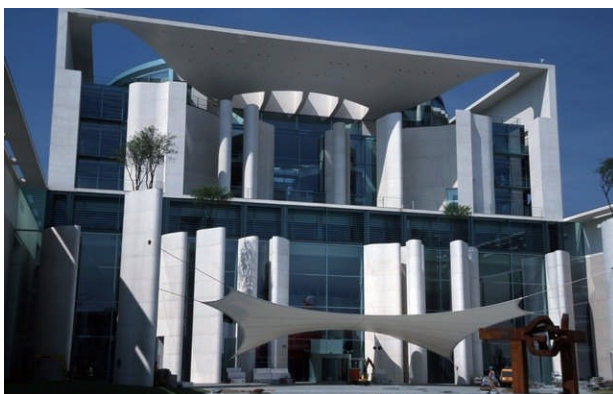
Thema der Woche Thema der Woche Thema der Woche Thema der Woche Thema der Woche

Ausstieg mit Augenmaß

Regierungserklärung der Bundeskanzlerin zur aktuellen Lage in Japan

„Die Katastrophe in Japan hat geradezu apokalyptisches Ausmaß“, sagte Bundeskanzlerin Angela Merkel in einer Regierungserklärung zur aktuellen Lage in Japan an diesem Donnerstag im Deutschen Bundestag.

„Was immer wir tun können, tun wir“, betonte sie, auch angesichts des 150-jährigen Jubiläums der diplomatischen Beziehungen zwischen Deutschland und Japan. Die Bundeskanzlerin sicherte dem japanischen Volk und der japanischen Regierung nach der dreifachen Katastrophe durch Erdbeben, Tsunami und Reaktorunfall die Hilfe Deutschlands zu.



Die Folgen dieser Katastrophe seien noch überhaupt nicht absehbar. Der Alptraum habe noch kein Ende gefunden, sagte die Kanzlerin. Merkel bat die Deutschen, mit unmittelbarer Unterstützung ein Zeichen der Solidarität zu setzen.

Damit unterstützte Merkel den Hilfeaufruf namhafter deutscher Hilfsorganisationen und des Bundespräsidenten. Bundespräsident Wulff hatte am Mittwoch dafür geworben:

„Es ist eine Hilfe unter Freunden.“ Die Ereignisse in Japan seien ein Einschnitt für Europa und für Deutschland.

„Wir können und dürfen nicht zur Tagesordnung übergehen“, sagte Merkel. Die Risiken der Kernkraft müssten neu bewertet werden. Die Katastrophe in Japan zeige, dass das scheinbar Unmögliche doch möglich werden könne.

„Das verändert die Lage“, sagte die Kanzlerin.

Als Ausdruck „äußerster Vorsorge“ habe die Bundesregierung in Zusammenarbeit mit den Aufsichtsbehörden der Bundesländer aufsichtsrechtliche Maßnahmen ergriffen und die sieben ältesten Kraftwerke in Deutschland vorübergehend abgeschaltet.

„Es gilt der Grundsatz: Im Zweifel für die Sicherheit.“ Alle Kernkraftwerke werden überprüft, nach einem dreimonatigen Atom-Moratorium werde entschieden, stellte Merkel klar.

Für die dreimonatige Betriebseinstellung sieht das Atomgesetz eine einschlägige Rechtsgrundlage vor. Sie wandte sich damit gegen Vorwürfe, juristisch auf unsicherer Grundlage zu handeln.

„Ein derartiger Verdacht ist im Atomrecht dann gegeben, wenn sich wegen begründeter Unsicherheiten im Rahmen der Risikovorsorge Schadensmöglichkeiten nicht völlig ausschließen lassen“, erläuterte Merkel.



Sie will in der Europäischen Union und auf der Ebene der G20-Staaten über einheitliche Sicherheitsstandards für Kernkraftwerke sprechen. "Ich unterstütze die Initiative für einen EU-weiten Stresstest für Kernkraftwerke", sagte die Kanzlerin.

"Wir brauchen in der gesamten EU hohe Sicherheitsstandards." Die Regierung wolle so schnell wie möglich das Zeitalter der erneuerbaren Energien erreichen, sagte Merkel. Sie wandte sich dagegen, die Kernkraftwerke in Deutschland abzuschalten, aber dann Strom aus Kernkraftwerken anderer europäischer Länder zu beziehen. „Das ist mit mir nicht zu machen“, stellte sie klar.

„Wir brauchen einen Ausstieg mit Augenmaß“, forderte die Kanzlerin. Wer erneuerbare Energien wolle, dürfe jetzt den zügigen Ausbau neuer Stromnetze nicht verweigern, betonte Merkel im Hinblick auf das zögerliche Verhalten von SPD und Grünen beim Thema Netzausbau.



Der Vorsitzende der Unionsfraktion Volker Kauder erläuterte, dass bereits vor der japanischen Katastrophe die Regierungskoalition mit dem neuen Energiekonzept den Einstieg in die erneuerbaren Energien geschafft und die Sicherheit der deutschen Kernkraftwerke erhöht habe. Er erinnerte daran, dass unter der rot-grünen Regierungsverantwortung auf diesem Gebiet Stillstand geherrscht habe.

Rot-Grün habe sich den Ausstieg mit Verzicht auf Sicherheit erkaufte, kritisierte Kauder. In der jetzigen Denkpause werde alles noch einmal sorgfältig angeschaut. Dies bedeute aber auch, dass man jetzt am Beginn noch nicht klar sagen könne, was am Ende herauskommen soll. Das wäre nicht die gewünschte Überprüfung, sondern die Fortsetzung der Ideologie, die gerade nicht herauskommen solle, unterstrich Kauder.

Das jetzt beschlossene Moratorium sei die Konkretisierung der Aussage „Sicherheit zuerst!“

Entschließungsantrag der Koalition

Unmittelbar nach der Regierungserklärung der Bundeskanzlerin zur aktuellen Lage in Japan und der sich anschließenden Aussprache, stimmte der Deutsche Bundestag mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen einem Entschließungsantrag von CDU/CSU und FDP zu, in dem der Bundestag unter anderem folgendes feststellt:

„Die Menschen in Japan sind Opfer einer bislang nicht dagewesenen Naturkatastrophe geworden. Bis zur Stunde sind die Folgen des Erdbebens und des Tsunamis für Leib und Leben der japanischen Bevölkerung und die Schäden an Gebäuden und Infrastruktur kaum zu ermessen.

Wir trauern um die Opfer, und unser Mitgefühl gilt den Hinterbliebenen, die jetzt nicht nur den Verlust ihrer Angehörigen beklagen, sondern zugleich mit der gewaltigen Herausforderung konfrontiert sind, die notwendigen Aufräumungs- und Wiederaufbauarbeiten vornehmen zu müssen. Als Partner und Freund Japans ist nun Deutschland in der solidarischen Pflicht, umfassende Unterstützung bei der Bewältigung der akuten Krisenfolgen und beim längerfristigen Wiederaufbau zu leisten.“

Der Deutsche Bundestag begrüßt in seiner Entscheidung, dass „die Bundesregierung unmittelbar Soforthilfe bereitgestellt und weitere Maßnahmen in Aussicht gestellt hat.“

Ausdrücklich wird den vielen zivilen Kräften aus Deutschland gedankt, die bereits im oder auf dem Weg zum Katastrophengebiet sind. Die Bundesregierung wird aufgefordert, zusammen mit den zuständigen internationalen Stellen zügig eine detaillierte Analyse der Vorgänge in den japanischen Kernkraftwerken vorzunehmen und eine umfassende Überprüfung der Sicherheitsbestimmungen für die deutschen Kernkraftwerke durchzuführen.

Dazu soll eine unabhängige Expertenkommission beauftragt werden, eine neue Risikoanalyse aller deutschen Kernkraftwerke und kerntechnischen Anlagen unter Einbeziehung der vorliegenden Erkenntnisse über die Ereignisse in Japan – insbesondere auch mit Blick auf die Sicherheit der Kühlsysteme und der externen Infrastruktur – sowie anderer außergewöhnlicher Schadensszenarien vorzunehmen. Außerdem soll die Bundesregierung „unverzüglich internationale Gespräche zur Sicherheit der Kernkraftwerke auf hochrangiger Ebene bei der Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEO) und auf der Ebene der EU“ aufnehmen.

Rheintalbahn anwohnerfreundlich ausbauen

Gleich zu Beginn der Plenarsitzung an diesem Freitag befasste sich der Deutsche Bundestag mit dem Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und FDP „Anwohnerfreundlicher Ausbau der Rheintalbahn“. Hierin wird die Bundesregierung aufgefordert, die Planung hinsichtlich der Trassenführung und des Lärmschutzes zwischen Mannheim und Basel im Sinne der Menschen spürbar zu verbessern.

So heißt es in dem Antrag: „Um die Akzeptanz für den ökologisch bedeutsamen Verkehrsträger Schiene nicht weiter zu gefährden, ist die Trassenführung so zu gestalten, dass Menschen und Umwelt so wenig wie möglich belastet werden. Wo es trotzdem unumgänglich ist, muss dies möglichst umwelt- und anwohnerfreundlich geschehen.“

Ausdrücklich wird die hohe Transparenz des Planungsverfahrens unter öffentlicher Beteiligung gelobt. „Ein gutes Beispiel für die Einbindung der betroffenen Bevölkerung in die Planungen des Ausbaus ist die Arbeit des Projektbeirats Rheintalbahn. In ihm diskutieren Vertreter der Deutschen Bahn AG, der Bundes- und der Landesregierung, regionale Politiker und Mitglieder der Bürgerinitiativen“. Diese Form der modernen Bürgerbeteiligung sei sehr zu begrüßen und unbedingt fortzusetzen.



(Plädierte als Schlussredner überzeugend für den Antrag zum anwohnerfreundlichen Ausbau der Rheintalbahn: Landesgruppenchef Thomas Strobl)

Die erarbeiteten Ergebnisse des Projektbeirats begrüßt der Deutsche Bundestag mit dem von den Koalitionsfraktionen angenommenen Antrag ausdrücklich. Desweiteren fordert der Deutsche Bundestag die Bundesregierung im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel auf, die aktuellen Prognosewerte für 2025 zur Grundlage der anstehenden Planungen und Berechnungen zum Ausbau der Rheintalbahn-Strecke zu machen, in einem Modellprojekt weitere technische Innovationen für den Lärmschutz an der Rheintalbahn zu prüfen, die Umsetzung der Ergebnisse des Projektbeirates zu unterstützen, aufkommensneutrale lärmabhängige Trassenpreise obligatorisch zu machen, den Schienenbonus schrittweise abzuschaffen und die gesetzlichen Voraussetzungen für neue Planungen ab 2012 vorzulegen.

Die Plenarrede Thomas Strobls zur Rheintalbahn können Sie bei Interesse gerne im vollen Wortlaut anfordern unter 030 / 227 72542.

PRESSEMITTEILUNGEN:



Thomas Strobl:

Zumeldung zur dpa-Meldung von 15.20 Uhr: „Linke kann sich auch Tolerierung von Rot-Grün vorstellen“ (16.03.2011)

Zur Ankündigung der baden-württembergischen Linken, eine rot-grüne Regierung auch zu tolerieren, erklärt der Generalsekretär der CDU Baden-Württemberg, Thomas Strobl:

„Es wird immer klarer: Hat Schwarz-Gelb bei der Landtagswahl keine Mehrheit, drohen unserem Land Verhältnisse wie in Nordrhein-Westfalen - dort hat das Verfassungsgericht gestern den rot-grünen Nachtragshaushalt 2010 für verfassungswidrig erklärt. Baden-Württemberg darf nicht wie Nordrhein-Westfalen im Schuldenchaos versinken: Wir gehen den erfolgreichen Baden-Württemberg-

Weg mit einer soliden Haushalts- und Finanzpolitik weiter. Für Baden-Württemberg steht damit am 27. März viel auf dem Spiel: das erfolgreichste Bildungssystem Deutschlands, eine solide Haushaltspolitik, eine Politik, die dafür sorgt, dass wir bei Wirtschaft und Arbeitslosigkeit die Nummer Eins in Deutschland sind.

Für SPD und Grüne ist es beschämend, dass sie offenbar mit einer rot-grün-dunkelroten Koalition kalkulieren. Sie haben immer noch nicht abgeschlossen, mit der extremistischen Linken zusammenzuarbeiten. Offensichtlich wollen sie die Linke gezielt hoffähig machen, weil sie sich in einem Parlament mit fünf statt vier Parteien bessere Chancen ausrechnen, die erfolgreiche Regierungskoalition von Ministerpräsident Stefan Mappus abzulösen. Für demokratische Parteien ist diese Taktik beschämend.

Thomas Strobl:

Zur aktuellen Umfrage von Infratest dimap erklärt der Generalsekretär der CDU Baden-Württemberg (18.03.2011):

„Diese neue Umfrage zeigt vor allem eines: Das Rennen ist noch nicht entschieden und der Ausgang der Landtagswahl ist völlig offen. Deshalb wird die CDU bis zum 27. März entschlossen und geschlossen um jede einzelne Wählerstimme kämpfen. Wir sind hoch motiviert und legen jetzt noch mal richtig los. Jetzt ist die Zeit für den Straßenwahlkampf gekommen: Die CDU kann und wird kämpfen.“



Wir werden den Bürgerinnen und Bürgern in den letzten Tagen dieses Wahlkampfes glasklar die Alternativen aufzeigen und darstellen, was für Baden-Württemberg auf dem Spiel steht: Kann Schwarz-Gelb das erfolgreichste Schulsystem Deutschlands klug weiterentwickeln - oder führt das linke Lager die Einheitsschule ein und zerschlägt unsere Grund-, Haupt- und Realschulen und unsere Gymnasien? Können CDU und FDP weiter eine

solide Haushaltspolitik machen - oder drohen mit dem linken Lager ein Schuldenchaos wie in Nordrhein-Westfalen und Steuererhöhungen, wie sie SPD und Grüne planen? Kann die Regierung von Ministerpräsident Stefan Mappus den erfolgreichen Baden-Württemberg-Weg weiter gehen, der unser Land bundesweit an die Spitze bei Wirtschaftswachstum und Arbeitsmarkt geführt hat - oder verspielt die Politik des linken Lagers diesen Vorsprung?

Mit diesen Themen werden wir den Menschen im Land aufzeigen: Baden-Württemberg ist zu schade für Rot-Grün und zu schade für Rot-Grün-Dunkelrot!“

v.i.S.d.P.:

Dr. Volker M. Schütterle
Büroleiter und wissenschaftlicher Mitarbeiter

Abgeordnetenbüro Thomas Strobl MdB

-Vorsitzender des Ersten Ausschusses
-Vorsitzender der CDU-Landesgruppe Baden-Württemberg
-Vorsitzender des Vermittlungsausschusses
-Generalsekretär der CDU Baden-Württemberg

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel. 030 / 227-72542
Fax 030 / 227-70132